

Die alten Rezepte
haben
ausgedient

Attentate, Massaker und Terror

Gespräch
mit Dr. Hans Bachofner



Bild: Keystone

Vor einem Jahr unterhielten wir uns über die sicherheitspolitischen Folgen der Terroranschläge in den USA. Unter der Führung der USA beschloss die «Welt», den Terrorismus zu bekämpfen. Nun, einfach gefragt, leben wir heute «sicherer»?

Nein. Der Krieg in Afghanistan ist unvollendet. Al Kaida hat die Ausbildungs- und Rekrutierungsplätze in Af-

ghanistan verloren, schlägt aber weiterhin zu. Ein stabiler Staat ist nicht in Sicht. Am Golf zeichnet sich ein möglicher neuer Krieg ab. Drei bis vier Dutzend auf allen Kontinenten zu beobachtende bewaffnete Konflikte verbreiten, oft unter Ausschluss der internationalen Öffentlichkeit, Leid und Not. Bisher bewährte Strategien sozialer Stabilität und internationaler Sicherheit versagen vor

neuen Konfliktkonstellationen. Globalisierung und technische Innovationen verändern das alte Kräfteparadogramm. Ungesteuerte Migration bringt uns nicht, wie von vielen erhofft, eine reichhaltige multikulturelle Gesellschaft, sondern konfliktrichtige Multiminoritäts-Gesellschaften. Die freiheitlich-demokratische Grundordnung von Gastländern wird immer weniger respektiert. Bürger-

«Die Bedrohung persönlicher Unversehrtheit im eigenen Land, in der eigenen Stadt wächst.»

kriege verbreiten sich über die Diaspora der Auswanderer in unbeteiligte, oft weit entfernte Länder, eine aggressive Lobby für religiöse und ethnische Gruppierungen bedrängt Parlamente und Medien. Die Bedrohung mit Massenvernichtungswaffen entzieht sich der stabili-

sierenden Wirkung der gegenseitigen Abschreckung, unberechenbare Aussenseiter, staatliche und nichtstaatliche, können unermesslichen Schaden anrichten. Die Bedrohung persönlicher Unversehrtheit im eigenen Land, in der eigenen Stadt wächst. Krieg und Frieden lassen sich kaum mehr unterscheiden. Sie existieren gleichzeitig. Die internationale Vernetzung bringt nicht nur wirtschaftlichen Gewinn. Sie bringt auch eine ungewohnte Vernetzung regionaler Konflikte. Kosovo, Nahost, Kongo, Zentralasien zwischen Kaukasus und Pamir etc. etc.: die Liste ist fast ohne Ende. Die klassischen Staatenkriege haben als Muster ausgedient. Krieg ist zum Geschäft geworden. Er vermischt sich mit dem internationalen organisierten Verbrechen, dem Drogen- und Menschenhandel, der Geldwäscherei, mit Betrug und Korruption. Kriegsherren, Freiwillige, Söldner, Kindersoldaten, Massaker an der Zivilbevölkerung, Guerilla, privatisierte Kriege aller Art, mafiose Organisationen, Terrorismus: Sie alle florieren nach dem Fall der Schranken, die in den letzten 350 Jahren dem Krieg auferlegt wurden. Die Nichteinmischung in die Angelegenheiten anderer, die verantwortliche Souveränität der Staaten, das ganze westfälische System, das Völkerrecht sind beschädigt oder zerfallen. Wir sind eingetreten in den Zustand des permanenten Ernstfalls. Die Hochstimmung nach dem Ende der Sowjetbedrohung hat umgeschlagen in Ernüchterung.

Die USA erklärten dem Terrorismus den Krieg und definierten eine Achse des Bösen. Europa unterstützte vor einem Jahr die USA. Heute ist insbesondere die EU gespalten in der Frage militärischer Aktionen gegen mög-

liche Terrorzentren. Ist die Bush-Doktrin gescheitert?

Die neueste strategische Doktrin der USA beginnt erst, ihre Wirkungen zu entfalten. Als Antwort auf die tiefe Kränkung des 11.9. schlägt jetzt die Stunde der amerikanischen neokonservativen Kräfte, die mit aller Härte auf die eigene Überlegenheit setzen. Internationalen Institutionen wird misstraut, Allianzen werden mit Zurückhaltung behandelt. Die USA planen Alleingänge, denen sich anschliessen kann, wer will und fähig ist. UNO und NATO, in Bern immer noch durch rosarote Brillen gesehen, werden beiseite geschoben: Entweder parieren die Mitglieder oder ihr Tummelfeld wird bedeutungslos. Niemand wird im Zweifel darüber gelassen, wo die Musik spielt. Man springt auf den Bandwagon oder wird zum Feind. Im Kampf gegen das Böse gibt es auch keine Neutralität.

Vertraute Töne für geschichtsbewusste Europäer. Die Sorge wächst, dass der neue Hegemon eigene Interessen mit Menschheitsinteressen verwechselt, dass Kriege für moralische Ziele (Gerechtigkeit, Menschenrechte, Demokratie, freie Wirtschaft) kein Ende mehr nehmen werden. So kippte denn auch die Welle des Mitgefühls nach dem 11.9. («Wir sind alle Amerikaner») recht schnell zur heutigen Stimmung: alle gegen die USA. Angeführt von deutschem Trommelschlag distanzieren sich die europäischen NATO-Partner von den Irakplänen der USA. Die Enttäuschung in Washington ist gross. Man zitiert Bertolt Brecht: «In uns habt ihr einen, auf den könnt ihr nicht bauen.»

Als neutrale Schweizer brauchen wir nicht jede medien-geschürte Aufregung nach-

zuvollziehen. Ein unerschütterlicher Glaube an das Funktionieren der atlantisch-europäischen Netze wäre aber doch nicht viel mehr als Naivität.

In Marokko ist die gemässigte islamistische Partei drittstärkste Kraft geworden. Muss man nicht eine Kohabitation mit dem Islamismus anstreben, damit die Konflikte verringert und die Sicherheit vergrössert werden kann?

Keiner der 22 islamischen Staaten ist eine Demokratie. Die marokkanischen Wahlen brachten der Islamistenpartei «Gerechtigkeit und Entwicklung PJD» zwar Stimmen, aber keine Macht. Die arabische Welt ist eine Kunstwelt, von Engländern und Franzosen nach dem 1. Weltkrieg nach eigenen Interessen konstruiert. Die Vielfalt der religiösen Strömungen, der lokalen und regionalen Konflikte, die verbreitete Rückständigkeit, die Machtstrukturen und der Ölreichtum verhindern das Heranwachsen eines geschlossenen Blocks, der für den islamischen Teil der Weltbevölkerung sprechen könnte. Wir müssen in unserem eigenen Land Wege finden, mit dem durch Zuwanderung importierten Islam und wohl auch Islamismus umzugehen. Die Anschläge des 11.9. wurden hauptsächlich in westlichen Ländern, in Deutschland und den USA selbst, vorbereitet. Die Schweiz darf nicht zulassen, dass geschlossene Ghettos entstehen und dass sie Ruhe-, Rekrutierungs- und Verschwörungsraum oder Finanzplatz für Terroristen wird. Nicht jeder Moslem ist ein Terrorist. Dass aber Ägypter, Saudis und Jemeniten den Hauptharst der Attentäter vom 11.9. stellten, sollte man ohne Angst vor Rassismusschwärzen sagen dürfen. Es gibt

einen gefährlichen, expansionistischen islamischen Extremismus, der Religion als strategischen Faktor betrachtet.

Wir müssen die politischen Strömungen besser analysieren als bisher. Nicht Riad oder Kairo sind die Schwerpunkte des Islam. Es gibt ein komplexes Netz islamischer Kräfte von Detroit bis Djakarta, dynamisch und unbeschwert von den Altlasten der historischen Zentren. Der Islam entwickelt sich an den Rändern, an seinen Fronten. Das Hauptgewicht liegt östlich Afghanistans, nicht westlich. Indonesien, Indien, Bangladesh, Malaysia: Hier findet man auch positive Signale für gute Entwicklungschancen des Islam. Seine Zukunft hängt viel mehr ab vom Modernisierungserfolg der Muslime Indiens und Indonesiens als von ihren Glaubensbrüdern in Nigeria, Aserbaidschan, Kirgistan, im Kosovo und der Türkei. Eine Neugewichtung der weltpolitischen Anstrengungen und eine aktive Konzentration auf die Probleme im eigenen Land empfiehlt sich.

Mir scheint, dass Sie mit Ihrer Aussage über die NATO-Zukunft Recht hatten: Die Nato steht vollständig unter US-Führung und spielt als Bündnis gleichberechtigter Partner keine Rolle mehr.

Die NATO steht erneut an einem Scheideweg. Die Forderungen der Führungsmacht USA liegen auf dem Tisch. Im November werden die Weichen gestellt. Die NATO soll zum Reservoir werden für weltweite Militärschläge unter US-Führung und soll dafür geeignete Truppen und Infrastrukturen bereitstellen. Die internen Differenzen lassen sich nicht mehr verbergen. Die EU-Funktionäre möchten eine eigene Streitmacht aufstel-

len, die NATO-Funktionäre postulieren eine NATO-Eingreiftruppe und die Mitgliedstaaten wollen sparen, wenn möglich gar weiter abbauen. Die Schweizer Bestrebungen, durch Armee reform und NATO-Partnerschaft für den Frieden mit der Miliz in dieser Liga mitzuspielen, mutet, zurückhaltend gesagt, verstaubt an. Diese Zeit ist vorbei, die NATO-Uhren gehen anders als die Berner Uhren, die NATO von 2003 ist nicht mehr die NATO, die sich die Ogi-Planer für ihre Armee XXI erträumten. Auch die EU-Armee steckt in der Klemme. Sie hätte, wenn es nach dem Wunsch von Xavier Solana ginge, die NATO in Mazedonien ablösen wollen. Es reicht immer noch nicht.

Die Schäden des deutschen Wahlkampfes sind noch nicht behoben. «Vor aller Augen ändert sich die Machtgeometrie Europas gegen Deutschland», klagt Professor Michael Stürmer. «Die gemeinsame Aussen- und Sicherheitspolitik, nach dem Maastrichter Vertrag Kern der politischen Union, kann man vergessen. Die NATO wird hohl und das Europa der Sicherheit gibt es nur noch auf geduldigem Papier», fährt er fort («Die Welt» vom 4. 10. 2002). Amerikanisches und europäisches strategisches Denken gehen derzeit verschiedene Wege.

Die Schweiz hat das erste bewaffnete Truppenkontingent in den Kosovo gesendet, wir sind UNO-Mitglied, Bundesrat Deiss kommentierte einseitig die US-Irak-Politik, Bundesrätin Metzler schliesst mit den USA folgenreiche Abkommen im Bereich polizeilicher und nachrichtendienstlicher Zusammenarbeit, und die geplante Armee reform XXI scheint eine bündnisfähige Armee zu werden. Findet da nicht ein regelrechter neu-

tralitätspolitischer Ausverkauf statt?

Die Neutralität ist in Gefahr. Die atlantische Universaldemokratie duldet sie nicht. Der Welt hegemon USA fordert Gefolgschaft. Die Wahl besteht zwischen Anschluss und Ausschluss. Das war schon bei den alten Griechen so (Athen gegen die Melier). Im Mittelalter verbat sich die mit universalem Machtanspruch auftretende Kirche jede Nichtteilnahme an heiligen Kriegen. Mit der Erosion des Nationalstaates und dem Niedergang seines Machtmonopols und seiner Souveränität schwindet das Verständnis für Neutralität. Aber: Die Idee der Neutralität wurzelt tiefer. Sie ist auch älter als der Nationalstaat. Sie kann gar nicht untergehen. Macht fordert Gegenmacht heraus. Die USA werden das Ende des unipolaren Moments hinauszögern, aber nicht verhindern. Das in der EU organisierte Brüsseler Europa distanziert sich schon jetzt lautstark. Imperiale Hegemonie nutzt sich ab und lässt Spielräume entstehen für Neutrale. Plötzlich werden sie als Vermittler wieder gebraucht. Der leichtfertige Umgang mit der Neu-

tralitätsidee wird sich rächen. Aber wir dürfen nicht auf das alte, unsere Köpfe prägende Bild von Neutralität zwischen zwei Krieg führenden Nachbarn zurückfallen. Die sich globalisierende Welt der Netzwerke braucht eine neu verstandene Neutralität. Wir haben militärisch nichts zu suchen auf den Schauplätzen bewaffneter Konflikte, schon gar nicht im NATO-Rahmen. Wir brauchen standfeste Aussenpolitiker, die nicht nach vermeintlichen Vorbildern schielen. Selber Vorbild sein wollen, heisst das Motto. Die Anpasser und Kopfnicker führen das Land in die Irre. Und im Konfliktfall dürfen wir so wenig wie in der Vergangenheit auf die Hilfe anderer hoffen. Neutralität überlebt auch in der neuen strategischen Welt nur als bewaffnete Neutralität. Allerdings nicht mit einer klassischen Armee zur Abwehr raumgreifender Panzerheere, sondern zur Abwehr der neuen Formen organisierter Gewalt. Wir haben allen Grund, darauf zu achten, dass wir bei den nächsten Parlamentswahlen unsere Stimmen nur jenen Politikern geben, die sich auch im gewandelten

strategischen Umfeld nicht beirren lassen. Neutralität muss gelebt sein, schöne Worte an der UNO-Generalversammlung sind billig zu haben.

Also haben unsere politischen Verantwortlichen ihre Hausaufgaben nicht gemacht? Und wo sehen Sie dringenden Handlungsbedarf?

Politik besteht in Handlungen. Handeln ist schwieriger als Kritisieren. Ich habe Respekt vor der Aufgabe, in Zeiten raschen strategischen Umbruchs politisch klug und gradlinig zu handeln. Trotzdem zeichnen sich Mängel ab, deren Behebung wir als Bürger und Souverän fordern müssen. Einige Beispiele:

Der Bericht 2000 über die Sicherheitspolitik, der allen strategischen Handlungen zugrunde gelegt wird, ist überholt. Er entstand im Euphoriejahrzehnt nach dem Zusammenbruch der Sowjetbedrohung. Seit Ende 2001

CH-Armee im Kosovo:
«Wir haben militärisch nichts zu suchen auf den Schauplätzen bewaffneter Konflikte, schon gar nicht im NATO-Rahmen.»



Bild: Keystone

ist das strategische Umfeld nicht mehr zu erkennen. Es soll Leute geben im EDA und im VBS, die solch grundlegende Werke wie «Die neuen Kriege» von Herfried Münkler oder «Krieg, Verbrechen, Blasphemie. Zum Wandel bewaffneter Gewalt» von Ulrich K. Preuss oder «Vom Gewaltmonopol zum Gewaltmarkt» von Erhard Eppler, alle 2002 erschienen, noch nicht einmal gelesen, geschweige denn verinnerlicht haben. Das Kriegsbild, das der Armee XXI zugrunde liegt, ist überholt. Die Nachbarn gehen Wege, denen wir weder folgen wollen noch können. Man hat den Eindruck, in Bern werde der Fortschritt von gestern verwaltet. Es fehlen überzeugende Szenarien denkbarer und undenkbarer Kriege der neuen Art. Es fehlen die praktischen Grossübungen. Es fehlt der Mut, Bedrohungen als Möglichkeit öffentlich darzustellen und die Fähigkeit, mit ihnen umzugehen, vorzuweisen. Die Nachahmung von NATO-Doktrin und NATO-Organisationsformen steckt schon jetzt in der Sackgasse. Die Schweiz muss sich für die nächste Phase der strategischen Entwicklung für den Alleingang rüsten – und sie kann es besser als in früheren Phasen.

Völlig verfehlt ist die permanente Kriegführung Berns gegen die Bürger. «Wir werden siegen!», verkündet einer der allzu zahlreichen Pressesprecher des VBS, wenn besorgte Bürger eine Volksabstimmung über die verfehltete Armee reform erzwingen wollen. «Ich habe gesiegt», brüsten sich Bundesräte, deren Vorschläge mit allerknappster Mehrheit das Volksmehr erreichten. Wir brauchen wieder eine Regierung, die das Volk als Souverän akzeptiert und den Parteien die politischen Auseinandersetzungen überlässt. Sie muss nicht schweigen, aber Mass halten. Ver-

trauen und Autorität stehen auf dem Spiel.

Es ist falsch, wenn die angehenden Berufsoffiziere von ETH-Politologen mit Prüfungsvollmacht zu Neutralitätsfeinden erzogen werden. Lehreinheit in allen Ehren, aber hier leisten wir uns seit Jahren einen Missstand, den sich keine andere Armee der Welt gefallen liesse. Der Verdacht, dass der Anschluss der Schweiz an überstaatliche internationale Organisationen Schritt für Schritt und unterschwellig vorbereitet wird, verstärkt sich. Ich höre oft den Vorwurf, in Bern untergrabe man vorsätzlich den Willen und die Fähigkeit zur Unabhängigkeit, um eines Tages zu verkünden: Wir können ja gar nicht mehr anders, wir müssen uns anschliessen. Dieser Verdacht ist zu entkräften, mit Taten, nicht nur mit Worten.

Die innere Sicherheit steht im Vordergrund. Das Projekt USIS wird auf unerhörte Weise verschleppt. Die Rollen von Polizei und Militär erhalten im neuen Bedrohungsumfeld neue Gesichter. Innovatives Denken ist gefordert. Der Schutz der Bürger im eigenen Land bleibt zentrale Staatsaufgabe. Die Improvisationen mit ungeeigneten Durchdienern und Festungswächtern ohne Festungen sind endlich zu ersetzen durch zielgerichtete Organisation, Ausbildung und Ausrüstung.

Die jüngsten Parlamentsdebatten über die Armee reform enttäuschten. Grundlegende strategische Fragen kamen kaum zur Sprache. Man spürte viel Interesse an Nebensächlichkeiten, die man sehr wohl der Verwaltung und der Armeeführung überlassen könnte. Die neue Welt der privatisierten Kriege, die Folgen der Preisgabe des staatlichen Gewaltmonopols,

die Verstrickungen des Welt hegemon USA auf vielen Schauplätzen bewaffneter Konflikte und die Folgen für ihre Interventions-Gefolgschaft zählten nicht. Vielleicht hat der eine oder andere weit reisende Parlamentarier auf einem seiner langen Flüge Zeit, eines der oben genannten Bücher zu lesen. Der Anschaffungspreis liegt ja wohl im Spensensatz drin (Fr. 292 719.– letztes Jahr für den Zivildienstverweigerer Nationalrat Gross, Fr. 94 000.– für die an militärischen Auslandseinsätzen interessierte Nationalrätin Lisbeth Fehr).

Die VBS-Führung ist überzeugt, mit der Armee XXI die richtige Antwort auf die aktuellen Bedrohungen zu geben. Nur, was ist eigentlich Terror, wer steht uns da als Gegner gegenüber?

Die Armee XXI ist eine Antwort auf Probleme von gestern. Der 11.9. war vorläufiger Höhepunkt einer langen Reihe terroristischer Anschläge. Die Lektion, dass zum ersten Mal in der Geschichte kleine Gruppen Zugang haben zu enormem Zerstörungspotential, dass extremistische Gruppen islamischer Herkunft derzeit Hauptkraft des nichtstaatlichen Terrorismus sind, dass aber viele weitere solche Gruppen existieren, ist in Europa noch nicht gelernt worden. Terrorismus, organisierte Gewalt als Selbstzweck, wird auch in Zukunft eine Form des Verbrechens bleiben. Gewalt kann man aber eindämmen, man kann sie erschweren, man kann mögliche Ziele schützen und man kann die Folgen mildern. Das ist schon anspruchsvoll genug. Verhindern kann man den Terrorismus nicht, es sei denn unter Preisgabe der Freiheit, in Diktaturen, in Polizeistaaten, die ihrerseits Staatsterror begehen.

Die Aufgabe lautet also: künftige Anschläge erschweren und die Konsequenzen weniger verheerend machen. Massenvernichtungswaffen, nukleare, chemische und biologische, haben einen neuen Stellenwert gewonnen. Die Bedrohung durch Computerattacken ist gestiegen. Die Verwundbarkeit unserer modernen Gesellschaft wächst und wächst – auch aus Verantwortunglosigkeit. Wir schaffen uns die zentralisierten Schwachpunkte selbst: in den Infrastrukturen der Versorgung, des Transportes und der Kommunikation, in der Wirtschaft, in der Führung. Es sind erfreuliche Anstrengungen im Gange, Mängel zu beheben, aber zu zögerlich und zurückhaltend. Selbstmordattentätern, die man nicht abschrecken kann, weil sie den Tod nicht fürchten, kann man signalisieren, dass sie den angestrebten Effekt nicht erzielen können. Der Terrorismus ist unter uns und wird es bleiben. Wir müssen unsere Lebensgewohnheiten so anpassen, dass er an Bedeutung verliert. Wir müssen uns daran gewöhnen, dass der globale Kleinkrieg die Trennung von Krieg und Frieden aufhebt, dass Zivilpersonen Ziel sind von Gemetzeln, Massakern und Anschlägen, dass es Menschen gibt, die Krieg führen um des Krieges willen, nicht für politische Ziele, dass dieser neue Krieg sich selbst ernährt, dass humanitär gemeinte Hilfe Kriege unterstützen und verlängern kann, dass Krieg und Gewalt für viele Menschen die Grundlage ihrer Existenz ist, dass es nach den Kriegen der Revolutionäre, dann der Nationen, jetzt den Krieg der Marodeure und Banden gibt – rund um die Erde (nachzulesen bei Wolfgang Sofsky: «Zeiten des Schreckens. Amok, Terror, Krieg»).

Es zeigt sich, dass westliche, speziell amerikanische

Aussenpolitik nach dem Ende des kalten Krieges unseren Interessen nur unzureichend gedient hat. Auch Landesverteidigung muss neu gedacht werden. Verteidigungsminister wurden zu Stabilitätsministern, Friedensministern, Kooperationsministern, Militärabbauministern. Der Begriff Verteidigung wurde aufgeblasen bis zum Platzen: Selbst Militärinterventionen auf anderen Kontinenten wurden zu Verteidigungseinsätzen hochstilisiert (um Flüchtlingsströme zu verhindern z.B.). Als dann die Milzbrandattacken einschlugen, waren die mächtigen USA unvorbereitet. Sind unsere Postangestellten, unsere Postverteiler in den Grossunternehmen und der Verwaltung jetzt ausgebildet? Auch die inzwischen neu Eingetretenen? Beginnt die Erinnerung an den Amokschützen von Zug in den anderen Kantonen zu verblassen? Sind die Gesundheitsdienste unseres Landes bereit, Pocken sofort zu erkennen? Hat man die Abläufe geübt? Wir erwarten weder Panik- noch Angstmache durch die Behörden, aber sichtbare Reformen auf allen Gebieten der einstigen Gesamtverteidigung, so dass der Bürger ein gewisses Gefühl von Vertrauen und Zuversicht haben kann und sicher ist, dass nicht der Krieg von gestern vorbereitet wird. Die Panzerbrigaden, die nach Angaben des VBS dringend auf NATO-

Waffenplätzen auf NATO-Normen getrimmt werden müssen (Abstimmungskampf über die bewaffneten Auslandseinsätze), sind wohl in anderen Szenarien zu schulen. Passen sie überhaupt noch ins Bild?

Bundesrat Schmid hat am 20. September 2002 orientiert, dass sehr viele Waffensysteme unserer Armee liquidiert werden. Was geht in Ihnen als ehemaligem General da vor, wenn Sie dieses massive Abbauprogramm sehen?

Überzähligem und veraltetem Militärmaterial soll man nicht nachtrauern. Technik und Doktrinen wandeln sich immer und überall. Militärmaterial wurde zu allen Zeiten entsorgt und durch neues, besseres ersetzt. Aber eben: ersetzt. Wo ersatzlos entsorgt wird, besteht Erklärungsbedarf. Der Versuch, eingelagertes Material ins Lächerliche zu ziehen, zeigt die Unbedarftheit einiger Leute im Informationsbereich. Man sollte den Vorgängern danken, dass sie diese Vorräte angelegt hatten. Sie hätten das Geld auch für Auslandsreisen und VIP-Helikopter ausgeben können. Und man darf dankbar dafür sein, dass wir dieses Material nicht brauchten. Die Generation ist schon geboren, die die Nase rümpfen wird über die Anschaffung der heute als modern angesehenen Rüstungsgüter oder über das

Fehlen von genügend Vorräten. Die Qualifikationsfrage wird lauten: Sparte man um kurzfristiger Vorteile willen auf Kosten der Nachfahren? Mich beschäftigt nicht der Abbau alter Systeme, sondern der Umbau der gesamten Logistik vom Hol- zum Bringprinzip. Das ist eine Vorleistung auf Einsätze der Armee im NATO-Ausland. Wer sich in der Schweiz gegen Gewalt wehren will, basiert besser auf kaum verwundbaren, im ganzen Land verteilten Netzen mit kurzen Nachschubwegen. Die Armee XXI vollzieht mit nachträglichen neuen Begründungen eine Logistikreform für Ziele von gestern. Zentralisierung bringt neue Verwundbarkeiten. Die NATO-Nach-Eile der Schweizer Miliz im Ausland ist nicht mehr gefragt in der neuen Antiterror-NATO. Wir begehen einen Fehler.

Wenden wir uns noch der inneren Sicherheit zu. Nächstes Jahr wird das WEF wieder in Davos ausgetragen. Die Angst, dass gewalttätige so genannte Globalisierungsgegner wüten werden, ist gross. Sind wir da mit einem neuen «Gegner» konfrontiert und haben wir die richtigen Antworten auf solche Gewaltpotentiale?

Schneller, als viele erwarten, werden neue Bedrohungsbilder wahr. Wir stehen nicht nur vor Unruhen im Bündnerland und in Zü-

rich, es kommen auch die möglichen gewalttätigen Demonstrationen am Genfersee anlässlich der Konferenz von Evian auf uns zu. Die Behörden stehen auf dem Prüfstand: Sie haben das Gewaltmonopol dieses Staates durchzusetzen, Recht und Ordnung und Schutz von Bürgern und Gästen. Die Zusammenarbeit von Polizei und Militär wird sich einmal mehr bewähren müssen. Die Territorialdivisionen, deren Abschaffung eben noch diskutiert wurde, haben gute Vorarbeiten geleistet. Die Bedrohung ist seit langem bekannt, die Vorbereitungen sind im Gang. Kleine Bestände, Zweijahresrhythmus der Ausbildung, Schäden an der Ausbildung durch Missbrauch der Truppe für kommerzielle Grossanlässe belasten uns jetzt. Der permanente Ernstfall verlangt, dass die Aufgabe des Kampfes gegen Gewalt auch wirklich ernst genommen wird.

Würde uns der Beitritt zu Schengen in der inneren Sicherheit nützen?

Die rumänischen Zigeuner, die in Hundertschaften illegal in die Romandie einziehen

WEF-Demo 2001:
«Die Behörden stehen auf dem Prüfstand: Sie haben das Gewaltmonopol dieses Staates durchzusetzen, Recht und Ordnung und Schutz von Bürgern und Gästen.»



Bild: Keystone

len, mögen eine Vorwarnung sein. Die organisierten Plünderungszüge in den Dörfern entlang der ostdeutschen Autobahnen durch straff geführte Banden aus östlichen Staaten und Albanien sind Aufsehen erregend. Die EU, nach Osten erweitert, kennt keine Grenzen mehr.

Es gibt neben den Segnungen des Fortschritts auch seinen Fluch: die organisierte Kriminalität, Terrorismus, Mafia, Menschhandel, Rauschgift- und Waffenschmuggel. Wo Grenzen verschwinden, geht Schutz verloren. Und die Weltpolizei oder Schengenpolizei gibt es nicht, die in voller Verantwortung diesen Mangel beheben könnte. «Sicherheit durch Öffnung», VBS-Slogan bis vor kurzer Zeit: Der Irrtum könnte nicht grösser sein.

Die Abkommen von Schengen und Dublin bringen Vorteile und Nachteile. Die Nachteile überwiegen. Einheit herrscht in der EU und bei den Beitrittsländern nicht auf der Seite des Rechts, sondern bei den Verbrauchern von Rauschgift. Ob Berlin, Rom, London, Prag, Warschau, Budapest oder Wilna: Ecstasy und Cannabis, Heroin, Aids und Hepatitis gehören zur «Jugendkultur». Schengenland leidet schon jetzt unter ungelösten Migrationsproblemen. Im Übrigen stocken die Verhandlungen der Schweiz mit der EU. Die Differenzen bei den Abkommen über Justiz- und Polizeizusammenarbeit und über die Asylkooperation sind gross. Grenzen schaffen Ordnung und klären die Verantwortung. Die EU-Aussengrenzen können praktisch gar nicht geschützt werden.

Blickt man die Welt an, stellt man fest, dass wahrscheinlich noch nie so viel über internationale Zusammenarbeit und Solidarität gesprochen worden ist. Nichtsdestotrotz haben wir soziale Unterschiede, massive Konfliktherde und interventionistische Machtpolitik von Grossstaaten wie USA, Russland, China, Indien usw. Rennen wir nicht einem Phantom nach, wenn gerade wir Schweizer glauben, mit schönen und netten Worten Armeepolitik betreiben zu können?

Auch Reden ist Handeln, vor allem in der Politik. Wir sollten uns nicht ins Bockshorn jagen lassen. Viele Gefahren, von denen in diesem Gespräch die Rede war, bedrohen uns nicht direkt. Die Welt war nie friedlich. Friede war immer eine zivilisatorische Errungenschaft. Der Kleinstaat Schweiz, auf einem Wasserschloss Europas sitzend, unabhängig, bewaffnet, neutral, mit eingespielten politischen Strukturen und über Jahrhunderte gewachsen, hat bessere Chancen, von Krieg und Gewalt verschont zu bleiben, als Staaten, deren Macht viel weiter reicht, und als ungefestigte, unfertige oder zerfallende kleinere Staaten.

Gefordert sind ein vernünftiger Realismus, Selbstdisziplin und bescheidene Zurückhaltung. Der künstliche Aktivismus der letzten Jahre bringt uns nicht weiter. Wir müssen nicht verwalten, was uns Verantwortungsträger von gestern als Illusionen und Schlagworte hinterliessen. Der Wandel ist zu begrüssen, die neuen Bedrohungen und Schutzmöglich-

keiten sind aufzudecken und anzugehen. Noch sitzen die gleichen Leute in den Ämtern, die im Illusionsjahrzehnt nach 1990 auf damals modische Lösungen hin arbeiteten. Sie müssen entweder ersetzt werden oder ihre Lernfähigkeit unter Beweis stellen. Die Langsamkeit der direkten Demokratie ist unser Vorteil: Wenn wir jetzt aufwachen, brauchen wir überholte Reformen nicht noch nachträglich zu vollziehen. Die Gleichstellung der Armee mit dem nahezu kompetenzlosen Bundessport und die Wucherungen von Beamten- und Kaderstellen für NATO-Zwecke und internationale Randaufgaben sind Fehler, die wir jetzt korrigieren müssen. Wir haben genügend intelligente Köpfe in Verwaltung und Armee, die das Neue ohne Karrieresucht und ohne Belastung durch die bisherige Planung erarbeiten und realisieren könnten. Man sollte ihnen gegen die Garde von gestern eine Chance geben.

In der Wirtschaft fallen die grossen Firmen und Konzerne zusammen. Fusionen und spektakuläre Börsengewinne und Grössenwahn sind offenbar keine tragfähigen Pfeiler für Sicherheit. Steht uns in der Politik dieses Debakel noch bevor?

Das Fusionskarussell dreht sich bis zum Schwindelgefühl. Telekommunikation, Rüstungsindustrie, Detailhandel, Hotellerie, Flugzeuge, Treuhand, Bau, Informatik, Medien, ja selbst die Rechtsanwälte: Kaum eine Branche bleibt verschont. Gigantomanie, Herdentrieb? Mehr als 60% aller Fusionen erreichen das angestrebte

Wirtschaftsziel nicht. Die gewaltige Kulturarbeit, die bei der Durchführung zu leisten ist, wird gerne unterschätzt. Wie zusammenwächst, was vermeintlich zusammengehört, kann man in den neuen Bundesländern Deutschlands beobachten. Man muss auch hier, wie überall im Leben, Mass halten. Strategische Kulturen haben tiefe Wurzeln. In der Sicherheitspolitik ist eher noch mehr Vorsicht geboten als in der Wirtschaft. Die erweiterte NATO wird mit der alten NATO nur noch den Namen und einige Prozeduren gemein haben. Die erweiterte EU wird mit der alten kaum noch zu vergleichen sein. KMU, kleine und mittlere Unternehmen, sind die Träger unseres Wohlstandes. Die Schweiz als Ganzes ist im Getriebe der Mächte eine KMU. Kluge Politik erkennt Nischen und Kompetenzen und nutzt die Schwächen der Giganten. Eigenständigkeit, nicht Anpassung und auch nicht Querschüssen ist die Parole. Soll uns die EU zu erpressen versuchen! Sie stärkt nur unseren Willen zur Unabhängigkeit.

Mit Dr. Hans Bachofner sprach Ami Bossard, bossard@prolibertate.ch

Impressum

Herausgeber:
Schweizerische Vereinigung
PRO LIBERTATE
Postfach, CH-3000 Bern 11
E-Mail: info@prolibertate.ch
Internet: www.prolibertate.ch
Telefon 031 332 57 84
Fax 031 332 57 85
Dringende Spenden auf
PC 30-26847-0

Dieser Fokus Nr. 2 kann kostenlos beim Sekretariat PRO LIBERTATE nachbestellt werden.

PRO  LIBERTATE – mit Sicherheit mehr bürgerliche Schweiz